

Dr. Jürgen Aretz
Staatssekretär a. D.

Krieg und Frieden -
neue alte Wirklichkeit in Europa

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands
Festakademie Münster, 13. November 2023

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Hohes Präsidium,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Herren Farbenbrüder,
liebe Cartellbrüder,
liebe Bundesbrüder,

von Vortragenden in dieser und ähnlichen Runden wird üblicherweise erwartet, dass sie mit Artigkeiten gegenüber Veranstaltern und Veranstaltungsort eröffnen.

Ein angelsächsisches Publikum misst die Qualität eines Vortrages oft daran, dass er mit einem mehr oder weniger subtilen Witz beginnt. Ein „weniger“ wird oft besonders goutiert.

Dieses Thema gibt weder Anlass zu dem einen noch zu dem anderen.

Es legt vielmehr die Auseinandersetzung mit politischen, historischen und ethischen Fragen nahe, kurz, mit Voraussetzungen und der Realität von Krieg und Frieden.

Der Friede ist für Christen ein sehr hohes Gut. Das Alte Testament berichtet von den Kriegen des Volkes Israel. Zugleich enthält es viele Friedensappelle und -wünsche – nicht zuletzt den Aaronitischen Segen. Wir kennen ihn alle aus der Liturgie: „Der Herr lasse seinen Frieden ruhen.“. Und das ganze Neue Testament durchzieht die Friedensbotschaft des Erlösers Jesus Christus.

Jenseits der religiösen Bezüge geht es bei diesem Thema nicht zuletzt um Wissen als Voraussetzung für Verstehen und Handeln. Damit sind wir nahe bei der Scientia, die in diesem Kreis für viele ein bestimmendes Prinzip ist.

Bei der Vorbereitung dieses Vortrags fand ich, dass das Wort „Friede“ auf das althochdeutsche „fridu“ zurückgeht. Es bedeutet „Schutz, Sicherheit, Unversehrtheit“, einen Zustand, eine Situation also, die den Wünschen, dem Sehnen der Menschen entspricht.

Dem Wort „Krieg“ kommt keinerlei positive Bedeutung zu. Wir kennen es in vielfältigem, für die Menschen aber stets schlechtem Sinne: Krieg, Kalter Krieg, heißer Krieg, Stellvertreterkrieg, Guerillakrieg, Cyberkrieg. Die Aufzählung ist keineswegs vollständig.

Von Frieden, von Schutz und Unversehrtheit sind Millionen Menschen unendlich weit entfernt. Täglich sind wir mit schrecklichen Kriegs-Bildern konfrontiert.

Die Bilder aus Syrien sind schon fast vergessen, jetzt stehen uns die Bilder vor Augen aus Butscha in der Ukraine, aus Kibbuzim in Israel oder den Straßen von Gaza. Es sind Bilder, die uns bedrücken, Bilder des Leidens vieler Unschuldiger. Sie berühren und entsetzen.

Das Leid ist grenzenlos, und soll unsere Empathie aufrichtig sein, so darf sie keine politischen oder weltanschaulichen Grenzen haben.

Die Vorgänge im Nahen Osten machen deutlich: Die Sicherheit Europas wird in zunehmendem Maße durch Ereignisse und Entwicklungen tangiert, die außerhalb seiner geographischen Grenzen liegen.

Für Deutschland gilt darüber hinaus: Die deutsche Politik hat parteiübergreifend das Existenzrecht des Staates Israel und die Solidarität mit dem jüdischen Staat zur Staatsraison erklärt.

Das wird jedoch nicht bedeuten können, dass jede Verlautbarung, jede Entscheidung, jedes Handeln einer israelischen Regierung automatisch auf unser aller Zustimmung rechnen darf.

Viele von uns hatten die jüngsten Bilder aus dem Süden Israels und dem Gaza-Streifen nicht mehr für möglich gehalten, so, wie sie Krieg nicht mehr für möglich gehalten hatten. Der Friede war für uns in Deutschland und weiten Teilen des Westens ganz selbstverständlich geworden. Wir hatten uns geistig, politisch und materiell auf Frieden eingerichtet.

Nun gehört das kurze Gedächtnis der Menschen zu den wenigen Konstanten in der Politik – besonders der deutschen. Gerade in Deutschland haben wir nicht nur den äußeren Frieden für selbstverständlich gehalten. Wir haben auch die innere Bedrohung durch den politischen Extremismus lange ignoriert oder kleingeredet - ob

von links, von rechts oder aus religiösem Fanatismus.

Unzweifelhaft war früher die Grundeinstellung stärker verbreitet, dass Demokratie, Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten sind. Heute gilt es, das Bewusstsein neu zu stärken und diese Ideale nach innen wie nach außen zu verteidigen. Nur so werden wir unser liebgewordenes Leben auch in Zukunft führen können.

Es gibt keinen innenpolitischen Frieden ohne eine lebendige Demokratie, und es gibt keinen äußeren Frieden ohne Freiheit. Friede ist kein unbedingter Wert. Er steht auch nicht ohne weiteres über anderen Werten. Eine solche Wahrnehmung hält einer kritischen Hinterfragung nicht stand.

Das belegt eine – Gott sei Dank – nur spekulative Frage. Wie stünde es um uns, wenn Hitler den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätte? Auch dann hätte es einen „Frieden“ gegeben.

Aber wollen wir uns vorstellen, wie ein solcher „Frieden“ ausgesehen hätte? Was er für die noch verbliebenen Juden, Christen, Linke, Behinderte, Angehöriger „rassischer“ oder sexueller Minderheiten, was er für die Welt bedeutet hätte?

Nein, nicht der unbedingte Friede ist das höchste Gut, sondern der Friede unter der Bedingung der Freiheit und der Achtung der Menschenrechte, und das heißt auch Menschenwürde. Das schließt die Bekämpfung der Armut und des Terrorismus ein. Folgerichtig gilt es, die Freiheit politisch und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verteidigen.

In letzter Konsequenz bedeutet das auch, für die Freiheit mit militärischen Mitteln einzutreten. Das ist in Deutschland keineswegs unumstritten. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Selbstkritisch müssen wir uns eingestehen: Wir haben es in Deutschland weithin versäumt, die Grundlagen, die Voraussetzungen und Notwendigkeiten einer funktionierenden Demokratie nachhaltig zu vermitteln.

In einer fragwürdigen Liberalität haben wir Demokratiefeinde im Inneren wirken lassen. Die Frage ist, ob diese Feststellung nicht im Präsenz formuliert werden

müsste. Der wachsende, zu einem erheblichen Teil importierte Antisemitismus ist dafür nur ein Beleg.

Schließlich: In nachgerade unverantwortlicher Weise haben wir unsere Bereitschaft und Fähigkeit abgebaut, unser Land nach außen zu verteidigen – in der stillschweigenden Annahme, es werde schon nichts passieren.

Im Zweifelsfalle sollte die äußere Sicherheit an unsere Alliierten delegiert werden. Manche hielten einen solchen Vulgär-Pazifismus gar für den Ausdruck einer wertorientierten Politik.

Von diesem Irrweg hat uns auch die Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Trump nicht abgebracht – obwohl er deutliche Zweifel an der Verteidigungs-Solidarität der USA erkennen ließ.

Um es klar zu sagen: Diese Zweifel haben deutsche Regierungen mitbegründet. Das gilt nicht weniger für bestimmte gesellschaftliche und politische Diskussionen, die natürlich außerhalb Deutschlands wahrgenommen wurden. Nicht zuletzt trugen sie zu der Reduzierung der Verteidigungsausgaben bei - bis hin zur faktischen Abschaffung der Wehrpflicht.

Wie immer wir dazu stehen mögen und ob wir das wollen oder nicht: Aber in der Geschichte hat sich der römische Grundsatz bewahrheitet: Si vis pacem, para bellum – Wenn Du den Frieden willst, musst Du den Krieg vorbereiten. Oder, auf der Höhe aktueller politischer Diskussionen formuliert: Stell' Dir vor, es ist Frieden, und einer macht nicht mit.

Heute beobachten wir den Krieg in seiner furchtbaren Brutalität, wenige Flugstunden von hier. Wohlgemerkt: Wir beobachten ihn, wir erleben ihn nicht. Wir sind weit genug entfernt, ihn selbst erfahren zu müssen. Wir kommentieren die Ereignisse aus dem Fernsehsessel.

Manche erschreckt jetzt der Gedanke, dass die Realität des Krieges uns nun doch unmittelbar erreichen könnte. Diese Gefahr ist durchaus real – jedenfalls dann, wenn wir nicht über politische Absichtserklärungen hinaus sehr rasch konkrete Konsequenzen ziehen.

Diese Konsequenzen können sich eben nicht in Solidaritätsbekundungen aller Art erschöpfen. Reinhard Müller sprach in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (13.11.2023) von der „dröhnenden deutschen Bekenntniskultur“. Es mag dahin

gestellt bleiben, ob da nicht auch das schlechte Gewissen mitspielt – soweit Gewissen vorhanden.

Und politische Bequemlichkeit ist immer noch anzutreffen, dem rheinischen Motto gemäß, dass es ja noch immer gut gegangen ist. Wir erleben einen auf Weltverbesserung gerichteten Aktionismus und zeitgleich ein modernes Biedermeier.

Immer noch ist in Teilen unserer politischen Klasse merkwürdiges zu beobachten: eine moralisch überhebliche und gleichermaßen realitätsferne Haltung. Bisweilen konnte man in der jüngeren Vergangenheit den Eindruck gewinnen, dass am deutschen Wesen, wie Emanuel Geibel übrigens unkorrekt zitiert wird, wieder einmal die Welt genesen solle.

Werfen wir einen Blick zurück. Gut 40 Jahre gab es den Kalten Krieg zwischen dem sozialistischen Ostblock und den westlichen Demokratien. Gut 40 Jahre haben wir Deutsche am Rande eines heißen Krieges gelebt, auch wenn die entsprechende Wahrnehmung im Laufe der Zeit immer mehr zurückgegangen ist.

Mit dem Ende dieser Bedrohung schien 1990 ein Zeitalter des Friedens ausgebrochen zu sein. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach vom „Ende der Geschichte“ in dem Sinne, dass das System der liberalen Demokratie gesiegt hätte.

Skeptisch bemerkte der jüdisch-konservative Journalist Gerhard Löwenthal, viele hätten ihm gesagt, der Sozialismus sei tot – aber niemand habe ihm bisher die Leiche gezeigt.

Dem historischen Augenblick von 1990 waren in (West-)Deutschland zwanzig Jahre zeitweise heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen vorausgegangen. Der Entspannungspolitik der Ära Brandt/Bahr lag die Idee zugrunde, den Status quo des Ost-West-Konfliktes festzuschreiben. Auf dieser Grundlage sollten vor allem menschliche und wirtschaftliche Kontakte ermöglicht und der Friede dauerhaft gesichert werden.

Auch wenn es konservative Kritiker nicht gerne hören: Das war unter Anerkennung der zugrunde liegenden Prämissen ein durchaus schlüssiges Konzept der Friedenssicherung.

Dieses Konzept schloss allerdings grundsätzliche Änderungen in Europa aus. Eine Überwindung der Machtverhältnisse lag nicht in der Konsequenz dieses Konzepts. Genau das aber war die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung des Kontinents – und in der Folge Deutschlands.

Die Sicherung des Friedens setzte für die Vertreter dieser Entspannungspolitik

voraus, dass der Status quo eben nicht in Frage gestellt wurde. Damit war auch klar: Die politischen Bedingungen für die Menschen in Mittel- und Osteuropa und ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben wurden nicht hinterfragt.

Heute wird von interessierter Seite ganz anderes behauptet. Das ist der Versuch einer Legendenbildung, wie bereits aus damaligen Zitaten ihrer wichtigsten Vertreter deutlich wird.

Willy Brandt sprach noch kurz vor 1990 von der Wiedervereinigung als der „Lebenslüge“ der zweiten deutschen Republik. Egon Bahr schrieb zur gleichen Zeit, auch am Ende des Entspannungsweges müssten zwei deutsche Staaten stehen. Das müsse man nicht nur wissen, sondern auch wollen.

Das Brandt/Bahr-Konzept war – kritisch gesehen - bereits in den 70er Jahren gescheitert. Vor dem Hintergrund westdeutscher und westlicher Entspannungspolitik rüstete die Sowjetunion massiv auf. Sie wollte den Status quo militärisch zu ihren Gunsten ändern, obwohl im Westen die politischen Zeichen auf Entspannung standen.

Die Konsequenz mutet fast tragisch an. Mit Helmut Schmidt musste ein sozialdemokratischer Bundeskanzler den NATO-Doppelbeschluss auf den Weg bringen. Dieser Beschluss bedeutete nichts anderes, als dass der Westen seinerseits nachrüsten werde, sollte die Sowjetunion ihre unprovokierte Aufrüstung nicht zurücknehmen.

Schmidt scheiterte an der eigenen Partei, die seinem Realismus mehrheitlich nicht folgen wollte. Auch gegen ihn trat die sog. „Friedensbewegung“ an. In ihr dominierten linke Kräfte und Kommunisten, die der sowjetischen Politik kritiklos gegenüberstanden. Das wissen wir übrigens nicht erst seit heute.

In der breiten „Friedensbewegung“ gab es eine politische und moralische Äquidistanz zur Sowjetunion, die den Ostblock und den Warschauer Pakt beherrschte, und den USA, die die NATO anführte.

Diese Haltung war nachvollziehbar im Hinblick auf die Friedensbewegung der DDR. Wesentlich christlich geprägt, engagierte sie sich in den – im doppelten Sinne engen – Grenzen der sozialistischen Diktatur. Ihre Mitglieder lehnten den „Friedhofsfrieden“ der DDR ab, weil sie sich nicht zu bloßen Ja-Sagern degradieren lassen wollten.

Anders verhielt es sich mit der westdeutschen „Friedensbewegung“. Sie suchte sich mit diesem Begriff selbst zu adeln, und unterstellte, dass ihre Gegner zugleich Gegner

des Friedens seien.

Das war eine ungeheuerliche Anmaßung. Sie traf ja auch Politiker wie Helmut Schmidt und seinen Nachfolger Helmut Kohl – und viele Christen, die in der Nachrüstung die Wahrnehmung ihres Rechtes auf Selbstverteidigung sahen.

Gegen hunderttausende Demonstranten setzte Helmut Kohl den NATO-Doppelbeschluss durch. Dieser Beschluss hatte eine weltpolitische Dimension.

Es gelang eine Friedenssicherung, die bis weit in das 21. Jahrhundert hielt. Neben anderen hat Michail Gorbatschow deutlich gemacht, dass es vor allem der NATO-Doppelbeschluss gewesen ist, der zu Veränderungen in der sowjetischen Führung und ihrer Politik geführt hat.

Dies war eine *conditio sine qua non*. Ohne sie wären die Überwindung der Spaltung Europas, seine friedliche Stabilisierung und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich geworden. Die Mehrheit der Völker Mittel- und Osteuropas fanden den Weg in die Freiheit und das vereinte Europa. In Helmut Kohl fanden sie einen entschiedenen Befürworter ihres Weges.

Der NATO-Doppelbeschluss war so gesehen nichts anderes als eine moderne Konkretisierung der zitierten antiken Erkenntnis: „*Si vis pacem, para bellum.*“

Hinter dem Beschluss stand die Bereitschaft zur entschlossenen Selbstverteidigung. Im Gegensatz zu einer Appeasement-Politik bedeutet diese Haltung für den potenziellen Aggressor ein hohes Risiko. Sie kann so friedenssichernd wirken.

Unstreitig kann auch eine Politik der Entschlossenheit und der Abschreckung allein keine absolute Garantie für die Erhaltung des Friedens bieten. Sie muss begleitet werden von einer glaubwürdigen Bereitschaft zu einem neuen Miteinander und ggf. auch von Hilfen für den früheren Gegner.

Die Sowjetunion zerbrach 1991. Das westliche Interesse wandte sich den wieder unabhängig gewordenen früheren Sowjetrepubliken und dem entstehenden, scheinbar neuen Russland zu.

Eine Epoche des dauerhaften Friedens ist nicht ausgebrochen. Die deutsche Politik ging gleichwohl im besonderen nach der Jahrtausendwende unbeirrt von dieser Voraussetzung aus.

Schon bald nach 1990 war es zu einer Vielzahl kriegerischer Auseinandersetzungen gekommen - nur eben nicht an der ehemaligen Teilungsgrenze in Europa. Sie hatte 40 Jahre als der gefährlichste Konfliktherd gegolten.

Der erste Krieg „danach“ betraf das zerbrechende Jugoslawien. Daran war im

Rahmen der NATO auch die Bundesrepublik beteiligt. Innenpolitisch überlagert wurde dieser Krieg durch die Situation im gerade wiedervereinigten Deutschland sowie durch eine erste große Einwanderungswelle.

Noch weit dramatischer waren die Kriege außerhalb Europas, etwa der 1. und der 2. Golfkrieg. Gerade dieser fragwürdige Krieg wurde bei uns heftig und zu Recht kontrovers diskutiert.

Der folgende Krieg in Syrien interessierte Politik und Bevölkerung in Deutschland erst nachhaltig, nachdem hunderttausende Flüchtlinge von dort ins Land gekommen waren. Die große Zahl überforderte die Deutschen in vielfältiger, keineswegs nur materieller Hinsicht. Bis heute sind die notwendigen Konsequenzen nicht umfassend gezogen worden.

Wir haben stattdessen unter anderem in Kauf genommen, dass durch diese Politik eine Partei am rechten Rand reanimiert wurde, die im Sommer 2015 bereits klinisch tot schien. Nur unter Ausblendung der Realität würden wir sagen können: Wir haben es geschafft.

Es ging in dieser Zeit nicht nur um Syrien. Andere Kriege haben wir nicht oder nur am Rande wahrgenommen, obwohl wir sie hätten wahrnehmen können und wahrnehmen müssen. Auch sie verursachten unendliches Leid. Die Opferzahlen im Sudan etwa übertrafen bei weitem das, was wir heute in der Ukraine oder im Nahen Osten erleben.

Aber die Vorgänge schienen uns weit weniger zu betreffen. Das mediale Interesse war sehr begrenzt, und in der Folge unsere Wahrnehmung und auch unsere Empathie. Die Frage sei erlaubt, ob es dabei eine Rolle spielte, dass die betroffenen Menschen fern unseres Kulturkreises leben bzw. lebten.

Wir haben uns in den 90er Jahren darauf konzentriert, einen dauerhaften Frieden und ein gutes Verhältnis zu Russland zu finden. Mit Blick auf die Zeit vor 1990 und im Hinblick auf die Zukunft war das notwendig und folgerichtig.

Auf unserer Seite wurde aber Entscheidendes zu wenig verstanden: Russland ist anders als der Westen Europas. Es ist geprägt durch eigene politische, soziale, geistesgeschichtliche, nicht zuletzt religiöse Traditionen. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zu unseren westlichen Werten und Vorstellungen, nicht zuletzt mit Blick auf individuelle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Das fehlende westliche Verständnis für diese Unterschiede, auch für kulturelle und religiöse Verletzlichkeiten, trug dazu bei, dass sich auf russischer Seite retardierende Momente durchgesetzt haben. Unter dem Diktator Putin entwickelte sich eine

wesentlich auf autoritäre Vorstellungen, auf Abhängigkeiten und Gewalt basierende oligarchische Kleptokratie.

Der Westen erscheint trotz materieller Verlockungen vielen nicht länger als Vorbild, sondern als dekadente Gefahr für die russische Identität – und die Idee von einem großen Russland. In dessen Geschichte hat auch Stalin ganz selbstverständlich einen Platz.

Das Bemühen zu erklären und zu verstehen bedeutet nicht, etwas zu rechtfertigen. Aber wenn wir uns nicht um Verstehen und Wissen bemühen, werden wir auch in der Zukunft kaum Ansätze für eine Verständigung und für dauerhaften, belastbaren Frieden finden.

Danach sieht es im gegenwärtigen Russland nicht aus. Wir müssen uns eingestehen, dass wir zu lange relativiert oder weggeschaut haben: Vom Tschetschenien-Krieg über den Einmarsch in Georgien bis zur Besetzung der Krim.

Die deutsche Politik blieb ungeachtet all dieser Verstöße gegen internationales Recht weitgehend stumm. Die westliche Passivität im allgemeinen und die deutsche im besonderen haben Putins Gewaltpolitik hingenommen. In der Folge haben wir den Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine begünstigt.

Putin begründet seine „Spezialoperation“ im besonderen mit historischen Argumenten: Es gebe keine ukrainische Nation; die Ukraine sei seit eh und je ein Teil Russlands.

Dem widerspricht die angegriffene Ukraine ebenfalls mit historischen Argumenten. Sie betont ihre jahrhundertealte Identität.

Die Geschichte wird also von beiden Seiten herangezogen – von der einen Seite zur Begründung des Krieges, von der anderen Seite zur Abwehr des angeblichen Kriegsgrundes.

Richtig aber ist: Russland hatte die Unabhängigkeit der Ukraine in einer Reihe von Verträgen anerkannt, und zwar ohne Vorbehalt. Das erfolgte lange vor Beginn des Angriffskrieges und betraf u.a. die Übergabe von Atomwaffen. Die historische Argumentation Russlands trägt also nicht.

In einer großen Zahl von Konflikten werden historische Argumente vorgetragen oder vorgeschoben, um ein bestimmtes Handeln zu begründen oder abzuwehren.

Das Beispiel schlechthin ist die Auseinandersetzung im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern. Der Konflikt reicht weit in die Geschichte zurück. Schon im Alten Testament wird darauf Bezug genommen.

Geschichtliche Fragestellungen führen nicht wie in der Mathematik zu richtigen oder falschen Lösungen. Aber die Geschichtswissenschaft kann zusammentragen, was zum Erklären und Verstehen menschlichen Denkens und Handelns beiträgt.

Sie ist, wie es der Brite Thomas Macaulay im 19. Jahrhundert sah, nicht die Rivalin anderer Wissenschaften. Sie ist vielmehr das Haus, in dem sie alle wohnen.

Hätte der amerikanische Präsident George Bush iun. Macaulay gelesen und verstanden, wäre es wohl nicht zum zweiten Irak-Krieg gekommen.

Wenige Tage vor dem Einmarsch der US-Truppen gab der Abt eines katholischen Klosters im Irak, das bereits in vorislamischer Zeit gegründet wurde, ein auch in Deutschland ausgestrahltes Fernseh-Interview. Er erklärte die lange Geschichte des Landes und den sensiblen Status quo, der sich daraus ergab – in religiöser, ethnischer und politischer Hinsicht.

Der Geistliche zeichnete ein düsteres Szenario, das genau so Wirklichkeit geworden ist: Der Einmarsch der Amerikaner führte zu einer ethnischen Konfrontation, einem stärkeren Einfluss der Schiiten und damit des Iran. Die Folge war eine bis heute anhaltende Instabilität. Die meisten christlichen Gemeinden gingen nach weit mehr als tausend Jahren unter.

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt: Es ist unvergleichlich viel leichter, einen Krieg militärisch zu gewinnen, als einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Unübersehbar ist der Mangel an Verständnis für historisch begründete Zusammenhänge, die bis in die Gegenwart wirken und damit eine Voraussetzung für die Schaffung von Frieden sind. Das Defizit ist nicht auf die USA beschränkt.

Dieser Mangel an Verständnis findet sich in gleicher Weise in Deutschland. Ja, wir müssen vorwärts leben, wie es Sören Kirkegaard gesagt hat, aber wir können nur rückwärts verstehen.

Dass es dieses „Verstehen“ oft nicht gibt, hat vor etlichen Jahren auch ein sozialdemokratischer Kultusminister in Nordrhein-Westfalen belegt. Er wollte den Geschichtsunterricht an den Schulen erst mit dem Jahr 1789 beginnen lassen, also dem Ausbruch der Französischen Revolution.

Vor kurzem jährte sich der 375. Jahrestag des Westfälischen Friedens, des wichtigsten Ereignisses, das hier in Münster stattgefunden hat. Davon hätten die Menschen fortan nichts mehr erfahren – jedenfalls nicht in der Schule.

Nun geht es hier nicht um lokalpolitischen Stolz von heute. Aber im Jahre 1648 gab es einen epochalen Vorgang: Der Friede sollte durch die Überwindung von Macht durch Recht gesichert werden - auch wenn dies tatsächlich nur bedingt und für eineinhalb Jahrhunderte gelang.

Das angesprochene Geschichtsverständnis ist nicht nur bildungsfern, sondern in schlimmer Weise unpolitisch. Den Menschen eröffnen sich dann viele Zusammenhänge nicht mehr, die bis in die Gegenwart wirken und unser politisches Leben bestimmen.

Das gilt im konkreten Fall zum Beispiel für unseren Föderalismus. Modern verstanden ist er ein weiteres Prinzip der Gewaltenteilung, das seine Grundlegung im Mittelalter findet.

Nach 1945 brachten Männer wie Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer – übrigens alle praktizierende Katholiken – das größte Friedensprojekt des 20. Jahrhunderts auf den Weg: Das vereinte Europa. Sie taten dies vor dem Hintergrund der Katastrophen zweier Weltkriege - und zwar auf der Grundlage einer Idee, deren Wurzeln ebenfalls ins Mittelalter zurückreichen.

Es gibt wohl keine verlässliche Aufstellung der Kriege, die sich Menschen angetan haben. Die Toten hat niemand gezählt, und das Leid, das diese Kriege verursacht haben, ist unendlich.

Die Haager Landkriegsordnung von Anfang des 20. Jahrhunderts wollte der Kriegsführung eine Art Regelwerk geben. Der Krieg galt damals, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, unter bestimmten Voraussetzungen als legitimes Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte.

Dieses Denken hatte eine lange Tradition. Auf Clausewitz geht der - allerdings nicht authentische - Satz zurück, der Krieg sei die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

Zumindest in der westlichen Welt wird das längst nicht mehr allgemein so gesehen. Ohnehin verschwimmen die traditionellen Kriterien für Krieg und Frieden. Viele Konflikte werden nicht mehr als Kriege zwischen Staaten geführt, sondern als Kriege zwischen politischen Gruppierungen und Staaten.

Die Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und militärischen Kräften lassen sich dann nicht mehr klar ziehen. Das war zuletzt im Gaza-Streifen in dramatischer Weise zu beobachten.

Oft handeln politische Gruppen oder Guerillakämpfer nicht nur mit Unterstützung, sondern mittelbar oder unmittelbar im Auftrag von Staaten. Auch hierfür steht der Krieg der Hamas oder der Hizbollah gegen Israel als Beispiel.

Vor diesem Hintergrund werden nicht nur politische Einordnungen und Bewertungen immer schwieriger, sondern auch der Versuch einer ethischen Kategorisierung.

Die „Lehre vom gerechten Krieg“ geht in ihren Anfängen auf Augustinus zurück. Sie ist in der Geschichte oft missbraucht worden – und sie wird bis heute von vielen missverstanden. Sie will in erster Linie den Frieden sichern und den Krieg verhindern. Dort, wo er nicht verhindert werden kann, will sie den Einsatz militärischer Mittel begrenzen.

Der christliche Friedensauftrag ist auch ein „klares Bekenntnis zur Gewaltminderung“, wie es der Freiburger Theologe Ulrich Ruh formuliert hat. Das gilt in besonderer Weise, weil es keinen Krieg ohne unschuldige Opfer gibt.

Die Päpste haben in bestimmten historischen Situationen immer wieder zum Frieden aufgerufen, auch in Enzykliken. Der Katechismus der katholischen Kirche von 1993 nennt die Bedingungen, unter den die Anwendung militärischer Mittel als „ultima ratio“ gerechtfertigt erscheint.

Die wichtigste: das Leben und die Rechte unschuldiger Menschen müssen bedroht sein, (2) alle anderen Möglichkeiten zur Abwehr eines Angriffs sind ausgeschöpft, (3) der Anwendung von Gewalt geht die Entscheidung einer dem Gemeinwohl verpflichteten, legitimen politischen Autorität voraus.

Der Einsatz militärischer Mittel hat sich (4) auf die Abwehr der Aggression zu beschränken und darf nicht seinerseits in eine Aggression umschlagen. (5) muss vernünftigerweise mit der Möglichkeit des Erfolges gerechnet werden können. (6) ist der Grundsatz von der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten, und (7) muss die Wirkung der Waffen begrenzt bleiben und die Unterscheidung zwischen Militär und Zivilisten gewährleistet sein.

Diese Kriterien müssen immer gleichzeitig erfüllt sein. Die Entscheidung darüber „kommt dem klugen Ermessen derer zu, die mit der Wahrnehmung des Gemeinwohls betraut sind.“

Die Lehre vom „gerechten Krieg“ dient also nicht der Rechtfertigung des Krieges, sondern der „gerechten Verteidigung“.

Dieser Lehre wird die These vom „gerechten Frieden“ entgegengehalten. Darüber ist unter Sozialethikern eine heftige Diskussion entbrannt. Unstreitig ist: Friedliche Zustände, die auf einem gerechten Ausgleich beruhen, müssen Grundlage bzw. Ziel jeder verantwortungsbewussten Politik sein.

Im Anschluss an kriegerische Auseinandersetzungen ist es in der historischen Realität aber sehr selten gelungen, zu einem „gerechten Frieden“ zu gelangen, also einem Ausgleich, der die Rechte aller Beteiligten wahrt.

Was sollte das aber zum Beispiel im konkreten Fall der Ukraine bedeuten? Der Krieg könnte heute enden, wenn Russland die Kampfhandlungen einstellen würde. Für die Staatlichkeit Russlands wäre das ohne Folgen. Würde die Ukraine die Waffen niederlegen, wäre damit ihr Ende gekommen.

Und was heißt „gerechter Friede“ vor dem Hintergrund all des furchtbaren Leids, das über die Menschen gekommen ist? Was heißt das angesichts der materiellen Verwüstungen, die der von Russland begonnene Krieg verursacht hat? Die Wiederherstellung des „Satus quo ante“ ist darauf sicher keine realistische und vor allem keine gerechte Antwort.

Der Sozialethiker Manfred Spieker zieht es vor, statt vom „gerechten Krieg“ von dem „gerechtfertigten Krieg“ zu sprechen. Das macht den defensiven Charakter des erlaubten Einsatzes militärischer Mittel deutlich. Das wäre auch eine zutreffende Beschreibung des Krieges, den die angegriffene Ukraine führen muss.

Die Geschichte der Menschheit ist auch eine Geschichte der Gewaltanwendung zwischen Menschen. Juden und Christen sehen das bereits in dem Brudermord, den Kain an Abel beging.

Die kollektive Gewaltanwendung, der Krieg, ist eine alte und anhaltende, eine wiederkehrende Wirklichkeit – in Europa und darüber hinaus. Wir erleben sie heute in dramatischer Weise. Unsere kommunikativen Möglichkeiten führen sie uns täglich vor Augen.

Christen haben ein realistisches Menschenbild. Sie sind sich der Ambivalenz menschlichen Denkens und Handelns bewusst, der Möglichkeit falscher Entscheidungen oder, besonders altmodisch formuliert, der Sünde.

Der ewige Friede ist uns Menschen nicht für dieses Leben verheißen. Das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, durch unser Denken, Reden und Handeln den Frieden mit unseren Mitmenschen zu suchen – und alles zu tun, dass dies auch für die Beziehung zwischen den Völkern gilt.

Das Neue Testament fordert uns immer wieder zur Klugheit auf. Klugheit heißt auch Realismus. Realismus und Verständigungsbereitschaft, klare ethische Positionen und fester Mut, nicht zuletzt die Fähigkeit zur Vergebung – diese Verbindung ist über die Politik hinaus die beste Voraussetzung, Frieden zu schaffen und zu sichern.